

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE])

- (A) immer an einzelnen Fragen, wenn Abgeordnete ausscheiden - wie beispielsweise Kollege Matthiesen -, auf einmal festgestellt wird, was für Übergangsgehälter gezahlt werden, was alles angerechnet wird. Die einzelnen Leute müssen singulär entscheiden, ob sie etwas spenden, wieviel sie spenden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das muß gründlich aufgearbeitet werden, um mit diesem Parlament und seinen vielen neuen Mitgliedern eine neue vernünftige Regelung zu erreichen.

(Beifall bei den GRÜNEN - Zurufe)

- Ich verstehe Ihre Aufregung nicht. Wenn das alles so in Ordnung ist, wenn Sie ein so gutes Gewissen haben, brauchten Sie sich doch gar nicht so aufzuregen und sich gar nicht so sehr an uns abzarbeiten.

(Zurufe von der SPD)

- Natürlich sage ich die Wahrheit. Wir erwarten von SPD und CDU - ganz ruhig - heute noch kein abschließendes Votum zu unserem Vorschlag. Sie haben recht: Sie haben das gerade erst vorliegen. Wir werden uns damit in Ruhe auseinandersetzen. Die Beratungen laufen ja gerade erst an.

- (B) Auch wir stimmen der Überweisung Ihres Gesetzentwurfs in den Hauptausschuß zu. Unsere Bitte ist: Setzen Sie sich mit unserem Vorschlag auseinander! Vielleicht kommen wir dann perspektivisch zu einem einvernehmlichen Miteinander aller Fraktionen in dieser schwierigen Frage.
- Schönen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsident Ulrich Schmidt: Vielen Dank, Frau Kollegin Löhrmann. - Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich weise noch einmal darauf hin, daß der Entschließungsantrag Drucksache 12/3507 sozusagen schwebend ist und nach der zweiten Lesung abgestimmt wird. Die **Beratung** ist **geschlossen**.

Wir **stimmen ab** über die **Überweisung des Gesetzentwurfs Drucksache 12/3467** und des **Berichts des Präsidenten des Landtags Drucksache 12/3384** an den **Hauptausschuß**. Wer ist für diese Empfehlung? - Vielen Dank. Die Gegenprobe! Stimmenenthaltung? - Damit ist die Überweisung des Gesetzentwurfs einstimmig **beschlossen**.

Ich rufe auf:

(C)

12 Gesetz zur Einführung des Euro für das Land Nordrhein-Westfalen (Euro-Einführungsgesetz Nordrhein-Westfalen - Euro-EG NW)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 12/3242

Beschlußempfehlung und Bericht
des Haushalts- und Finanzausschusses
Drucksache 12/3483

zweite Lesung

Ich **eröffne die Beratung** und erteile Frau Kollegin Meyer-Schiffer für die SPD-Fraktion das Wort.

Gisela Meyer-Schiffer (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Am 1. Januar 1999 beginnt die dritte Stufe der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion. Damit werden die Mitgliedstaaten den Euro einführen. Gleichzeitig beginnt eine Übergangszeit von drei Jahren, in der eine Reihe von Rechtsänderungen vorgenommen werden müssen, um einen reibungslosen Ablauf bei der Einführung des Euro zu garantieren. Das gilt für zwei Punkte im besonderen: für die Ersetzung der Leitzinsen der Deutschen Bundesbank und für die Änderung von Rechtsvorschriften, die jetzt noch einer Verwendung des Euro entgegenstehen.

(D)

Der größte Teil der nötigen Änderungen erfolgte bereits durch das Euro-Einführungsgesetz des Bundes vom Juni 1998. Der heute vorliegende Gesetzentwurf regelt die landesrechtlich notwendigen Voraussetzungen. Das betrifft besonders diejenigen Rechts- und Verwaltungsvorschriften und öffentlich-rechtlichen Verträge, die auf den im Januar wegfallenden Diskontsatz und auf andere Leitzinsen Bezug nehmen. Dann wird es den neuen sogenannten Basiszinssatz geben, der sich alle vier Monate in Abhängigkeit von einem dann ebenfalls neuen Referenzzinssatz verändern wird. Dabei kommt der Europäischen Zentralbank die Aufgabe zu, diesen neuen Referenzzinssatz entsprechend festzusetzen.

Um den Kommunen des Landes die Arbeit zu ersparen, ihrerseits entsprechende Normen zur An-

(Gisela Meyer-Schiffer [SPD])

- (A) derung ihrer Satzungen, Verträge oder auch Verwaltungsakte zu erlassen, gilt dieses Gesetz automatisch für den Regelungsbereich der Gemeinden und Gemeindeverbände, wenn sie entsprechend verfahren wollen. Das ist positiv und wird auch durch unsere Fraktion ausdrücklich begrüßt.

Meine Damen und Herren, das vorliegende Gesetz hat sicher als eines der wenigen Gesetze in diesem Hause die breite Zustimmung aller Fraktionen erfahren. Es hat ohne jede Änderung alle Ausschußberatungen passiert. Das spricht für die Qualität der Vorlage. Ich würde mich freuen, wenn wir das Gesetz heute auch einvernehmlich verabschiedeten. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Ulrich Schmidt: Vielen Dank, Frau Kollegin Meyer-Schiffer. - Für die CDU-Fraktion spricht der Abgeordnete Klein.

Volkmar Klein (CDU): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Eine sachorientierte Opposition muß natürlich die Regierung immer klar und hart kritisieren, wenn es nötig ist. In diesem Jahr war das, wie wir alle wissen, häufig genug nötig, wenn ich an den Maßregelvollzug denke und das viele Geld, das für Trickfilmstudios hinausgeworfen worden ist. Wir wissen das alles. Eine sachorientierte souveräne Opposition kann die Regierung aber auch einmal loben. Das tue ich heute.

(Oh-Zurufe von der SPD - Beifall Dr. Stefan Bajohr [GRÜNE])

Wir als Opposition stimmen diesem Euro-Einführungsgesetz zu. Wir räumen damit gemeinsam ein paar weitere Steine auf dem Weg zum Euro bei-seite. Ich denke, daß dieses Projekt gerade für uns in Nordrhein-Westfalen sehr wichtig ist. Nordrhein-Westfalen steht sowohl von der geographischen Lage her als auch von der Wirtschaftskraft her an einer sehr prominenten Stelle in der zusammenwachsenden Volkswirtschaft Europas. Deshalb haben wir ein ganz besonders großes Interesse daran, daß es ohne Schwierigkeiten zu einer guten und reibungslosen Einführung des Euro kommt. Keinesfalls darf ausgerechnet von Nordrhein-Westfalen ein Problem ausgehen. Deswegen stimmen wir alle gemeinsam zu.

Ich denke, wir stehen vor einer ähnlichen Situation wie vor 125 Jahren. Im damaligen Deutschland gab es noch 30 verschiedene Notenbanken. Der Zollverein hatte nicht alles erreicht, genauso wie der Binnenmarkt in Europa nicht alles erreicht hat, was notwendig ist. Damals wurde die gemeinsame Währung Mark nötig, wie heute die gemeinsame Währung Euro nötig wird.

Wir haben 125 Jahre mit der Mark- bzw. später D-Mark-Währungsunion gelebt. Wir haben heute innerhalb dieser D-Mark-Währungsunion Gebiete mit sehr unterschiedlicher Wirtschaftskraft. Es gibt Hamburg, Ostfriesland, neue Bundesländer und alte Bundesländer. Alle kommen sie mit der gemeinsamen Währung D-Mark aus. Wir haben Länder mit sehr unterschiedlicher Finanzpolitik. Wir haben Länder mit lang anhaltender solider Finanzpolitik wie Bayern, wir haben aber auch Länder mit einer lange Zeit völlig unverantwortlichen Finanzpolitik wie das Saarland. Die D-Mark-Währungsunion ist aber so stabil, daß die D-Mark das alles gut überlebt hat. Jede noch so krasse Fehlentscheidung aus Saarbrücken konnte die D-Mark nicht aus den Angeln heben, weil die Stabilitätspolitik im Vordergrund stand. Die Stabilitätspolitik hat das Erfolgsrezept der Währungsunion D-Mark ausgemacht.

Heute stehen auch Stabilitätsfragen betreffende Punkte - die Einzelheiten hat die Kollegin Meyer-Schiffer eben erläutert - im Mittelpunkt unserer Gesetzesänderung. Der Diskontsatz war früher einer der Kerne der Stabilitätspolitik der Bundesbank. Dieser Diskontsatz wird jetzt ersetzt. Dem müssen wir Rechnung tragen.

Das Verschwinden des Diskontsatzes darf aber keinesfalls das Ende der Stabilitätspolitik bedeuten. Ich glaube, der Euro braucht in Europa mindestens genauso viel Stabilität, wie sie bisher die D-Mark in Deutschland gehabt hat. Die Sorgen der Bevölkerung richten sich heute vor allem darauf, daß die neue Währung möglicherweise nicht so stabil ist, wie es bisher die D-Mark gewesen ist. Auch im Interesse unseres Landes muß der Kern sein, daß wir einen stabilen Euro haben.

Wir können nicht über dieses Euro-Einführungsgesetz und das Verschwinden des Diskontsatzes reden, ohne über das eigentliche Problem für die Stabilität des Euro gesprochen zu haben. Ich glaube, daß das größte Problem des Euros in den

(C)

(D)

(Volkmar Klein [CDU])

(A) Maßnahmen besteht, die der neue Finanzminister Lafontaine in Bonn auf den Weg gebracht hat.

(Beifall Ruth Hieronymi [CDU] - Loke Merizka [SPD]; Spärlicher Beifall!)

- "Lang anhaltender Beifall" steht wahrscheinlich hinterher im Protokoll. Zumindest wäre das richtig gewesen.

Meine Damen und Herren, wenn Oskar Lafontaine sich einen Bundeskanzler als Marionette hält, dann ist das das Problem der SPD.

(Beifall bei der CDU)

Wenn aber Oskar Lafontaine versucht, unsere Währung an ideologischen Fäden zu führen, dann ist das ein Problem von uns allen.

(Beifall Ruth Hieronymi [CDU])

Und wenn der Euro besonders wichtig für Nordrhein-Westfalen ist, dann ist das vor allen Dingen ein Problem für uns. Ich denke, wir sollten genau so einmütig, wie wir dieses Euro-Einführungsgesetz hier beschließen, den Finanzminister mit diesen Machenschaften in seine Schranken verweisen. - Danke sehr.

(Beifall bei der CDU)

(B)

Präsident Ulrich Schmidt: Danke schön, Kollege Klein. - Ich erteile Herrn Dr. Bajohr für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort. Bitte!

Dr. Stefan Bajohr (GRÜNE): Wir können, glaube ich, auf Grundsatzklärungen verzichten. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erklären sich mit dem Gesetzentwurf einverstanden. Wir werden ihm zustimmen. - Vielen Dank.

(Beifall bei GRÜNEN und SPD)

Präsident Ulrich Schmidt: Für die Landesregierung erteile ich Herrn Minister Dr. Behrens das Wort.

Dr. Fritz Behrens, Minister für Inneres und Justiz: Anfangs dachte ich, wir würden uns, Herr Prä-

sident, der vorweihnachtlichen Zeit nähern. Aber dann war doch festzustellen, daß einige hier verlorene Schlachten fortsetzen wollen.

Die Landesregierung hat den Beratungen nichts hinzuzufügen. Sie bittet um gefälligen Durchgang dieses Gesetzentwurfs.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Präsident Ulrich Schmidt: Danke schön, Herr Minister. - Die Beratung ist geschlossen.

Wir stimmen ab. Der Haushalts- und Finanzausschuß empfiehlt in seiner Beschlußempfehlung Drucksache 12/3483 den Gesetzentwurf unverändert anzunehmen. Wer dafür ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Keine. Damit ist der **Gesetzentwurf Drucksache 12/3242** in zweiter Lesung mit den Stimmen von SPD, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN verabschiedet.

Ich rufe auf:

13 Veräußerung eines Grundstücks in Köln

Antrag
des Finanzministers
gemäß § 64 Abs. 2 LHO
Vorlage 12/2347

Beschlußempfehlung
des Haushalts- und Finanzausschusses
Drucksache 12/3484

Liebe Kolleginnen und Kollegen, eine Debatte ist hier nicht vorgesehen. Ich komme zur **Abstimmung** über die Beschlußempfehlung des Haushalts- und Finanzausschusses, den **Antrag des Finanzministers Vorlage 12/2347** anzunehmen. Wer zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Das ist nicht der Fall. Damit ist die Beschlußempfehlung und mit ihr der Antrag des Finanzministers einstimmig angenommen.

Ich rufe auf:

(C)

(D)